

Karl Heinz Roth

Zentrale Kampagnen und Aktivitäten des Hamburger SDS in Norddeutschland

In diesem Beitrag möchte ich auf wichtige Aktivitäten des Hamburger SDS eingehen: Die Kooperation mit außerparlamentarischen Gruppen in Norddeutschland, die Teilnahme an überregionalen Kampagnen (Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Rote Punkt Aktion) und die Unterstützung der Streiks der Ingenieurstudenten.

1. Kampagne gegen die Notstandsgesetze

Seit September 1966 war ich Notstandsreferent im SDS-Bundesvorstand und verblieb auch in dieser Funktion, als ich im August 1967 nach Hamburg ging. Damit war das für die Koordination der Aktivitäten gegen die legislative Aushöhlung der Bürgerrechte zuständige Referat des SDS nun in Hamburg ansässig. Dadurch wurden vermehrt Aktivitäten, die seit dem Herbst 1966 bundesweit anliefen, auch in der norddeutschen Region durchgeführt, auch wenn die zentralen Konferenzen und bundesweiten Massendemonstrationen in Frankfurt a.M. beziehungsweise Bonn stattfanden. Aufklärungsveranstaltungen über die konkreten Pläne zur Beseitigung der Bürgerrechte im Fall innerer Unruhen oder bei der Vorbereitung und Durchführung kriegerischer Auseinandersetzungen wurden in allen größeren Städten der Region organisiert, wobei Hannover-Braunschweig, Mölln-Lübeck, Kiel-Flensburg und Oldenburg-Bremen-Bremerhaven die regionalen Grenzen markierten. Hinzu kamen die Teilnahme an der Vorbereitung regionaler Protestdemonstrationen und die Durchführung direkter Aktionen, so etwa die Verteilung von Aufklebern zur „notstandsbedingten“ Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen und fingierte „Notstandsübungen“, durch die auf die völlige Beseitigung der Bürgerrechte sowie die Aussichtslosigkeit des „Zivilschutzes“ im Fall eines mit Massenvernichtungswaffen geführten Kriegs hingewiesen wurde.

Die Kampagne entwickelte sich bis Mai 1968 recht erfolgreich und fand auch in Teilen des politisch-kulturellen Establishments (Gewerkschaften, Kirchen, Journalisten, Theaterleute usw.) erhebliche Resonanz. Dabei konnten wir nachweisen, dass der ursprüngliche Ansatz der Notstandsgesetzgebung, die verfassungsrechtliche Verankerung der Allmacht der Exekutive für den Fall eines militärischen Armageddon, immer mehr in den Hintergrund trat. Die bundesdeutsche Machtelite steuerte inzwischen auf die „neue Ostpolitik“ um, nachdem sie Ende 1966 die Sozialdemokratie in die Regierung einbezogen hatte. Gleichzeitig wuchsen jedoch die innenpolitischen Spannungen, und nun geriet die Bekämpfung innerer Unruhen in der Focus der Ausnahmegesetzgebung. Trotz aller Massenproteste verabschiedete der Bundestag Ende Mai 1968 die Notstandsverfassung mit der dafür erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Das war eine herbe Niederlage. Dass die Sozialdemokratie die Ausnahmegesetzgebung schließlich akzeptiert hatte, schuf zugleich eine tiefe Kluft zwischen dem politischen Establishment und der Außerparlamentarischen Opposition.

II. *Widerstand gegen den Vietnamkrieg*

Der zweite Kampagnenschwerpunkt konzentrierte sich auf eine breite Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg. Dabei gab es wegen der Ähnlichkeit der Aktionsformen – Aufklärungsveranstaltungen, Großdemonstrationen, ‚Sit-ins‘ und andere direkte Aktionen – Überschneidungen mit den Aktivitäten gegen die Notstandsgesetzgebung. Gemeinsam war der existenzielle Antrieb, der hinter beiden Kampagnen stand: Ging es beim Widerstand gegen die Ausnahmegesetzgebung um die Bewahrung emanzipatorischer Handlungsspielräume vor der staatlichen Exekutivgewalt, so wurden die Kriegsverbrechen, ein integraler Bestandteil der US-amerikanischen Counter-Insurgency, gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung als unerträglich empfunden.

Den entscheidenden Durchbruch zur Massenbewegung markierte der im Februar 1968 in Westberlin abgehaltene internationale Vietnamkongress, zu dem Aktivist*innen des Hamburger SDS einen norddeutschen Bus- und Fahrzeug-Konvoi zusammenstellten, um sich gegen die zu erwartenden Schikanen am Grenzübergang

Helmstedt zu wappnen. Witzigerweise erhielt ich im Juni 2018 von der Behörde für die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen ein Dokument zugeschickt, in dem über den „Ablauf der Durchreise von Teilnehmern zum Vietnam-Kongress in Westberlin am 17. und 18. Februar 1968“ berichtet wird.¹ Über den Konvoi, der aus Hamburg kam, heißt es: „Der mit 1.800 Personen, 96 PKW und 32 Bussen größte Konvoi wurde an der GÜST Marienborn abgefertigt.“ Ausführlich wird dann geschildert, wie über den Grenzübertritt und die Durchfahrt durch die DDR mit mir als „Leiter dieses Konvoi“ verhandelt wurde.

Die Kampagne gegen den Vietnamkrieg knüpfte auch an die aus den 1950er Jahren kommenden Protestbewegungen gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung an. Viele Aktivist*innen aus dem SDS und der Hamburger APO beteiligten sich deshalb an den Ostermärschen. Auch ich kann mich gut erinnern, dass ich häufig als Redner eingeladen war. Im Rahmen der Kampagne gegen den Vietnamkrieg haben wir kleinere und größere direkte Aktionen wie Sitzblockaden, Blockaden der Konsulate und anderer USA-Vertretungen sowie Sit-Ins in Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten organisiert. Die soziale Basis dieses Protests bildeten im Wesentlichen die Jugendlichen des Ausbildungssektors: Gesamtschüler, Berufsschüler, Fach- und Ingenieurschüler, Gymnasiasten sowie Studierende der Unis, der Pädagogischen, Kunst-, Musik- und Technischen Hochschulen. Dabei verbanden wir – die so genannten ‚Reisekader‘ der Kampagne – unsere Mobilisierungsversuche häufig mit der Aufforderung, selbstorganisierter Basis- und Aktionsgruppen zu bilden. Denn wir waren der Auffassung, dass die Vietnam- und Anti-Notstands-Komitees nur Bestand haben konnten, wenn sie sich auch um die konkreten Probleme ihrer Mitschüler*innen und Mitstudierenden kümmerten und die durch die Behörden und Schulleitungen gegängelten Interessenvertretungen ausbremsten.

¹ Die geheimen Berichte, die die "Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe" (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. ihre Vorläufer zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR seit dem Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, sind inzwischen publiziert. Bernd Florath (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1968. Die geheimen Berichte an die SED-Führung mit Online-Zugriff auf alle Berichte des Jahres 1968, Göttingen 2018.

Da der Vietnamkrieg ab 1968 weiter eskalierte und nun klar erkennbare kriegsverbrecherische Züge annahm – man denke nur an den massenhaften Einsatz von dioxinhaltigen Entlaubungsmitteln (Agent Orange) und Giftgas – , überdauerte die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg die Anti-Notstandskampagne und wurde das zentrale Thema. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich auch eine verdeckt operierende Initiative, die desertierten GIs bei der Flucht half. Ich habe über diese Initiative einen Beitrag für diese Website geschrieben.² Damals gab es sogar Überlegungen, durch eine groß angelegte Blockade den zentralen US-amerikanischen Militärhafen in Bremerhaven lahmzulegen. Allerdings wurden sie wegen mangelnden Rückhalts vor Ort und der damit verbundenen unwägbareren Risiken nicht in die Tat umgesetzt.

III. Die „Rote Punkt-Aktionen“

Bei den zu Beginn des Jahrs 1968 einsetzenden Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr standen hingegen unmittelbare Eigeninteressen der Betroffenen im Vordergrund. Aber auch in diesem Fall spielte die existenzielle Erfahrung, dass ihre Bedürfnisse durch die regionale Politik missachtet worden waren, eine wichtige Rolle. Den Auftakt bildeten in diesem Fall die Demonstrationen kleiner Schüler-, Lehrlings- und Fachschülergruppen gegen die Preiserhöhungen des in öffentlicher Hand befindlichen Bremer Nahverkehrsunternehmens (BSAG), die Mitte Januar 1968 begannen. Zunächst waren nur einige Dutzend Schüler und Lehrlinge beteiligt. Eine Minderheit der Jugendlichen hatte sich in den Monaten zuvor von den Bevormundungen durch die vom Senat und den Schulleitungen gegängelten Vertretungen (Arbeitsgemeinschaft Bremer Schüler und Landesjugendring) freigemacht und eine unabhängige

² Die Nordroute der ‚Underground Railway‘: Hilfe für GIs auf der Flucht nach Skandinavien.

Selbstorganisation auf die Beine gestellt. Da sich die Demonstranten jedoch den zentralen Verkehrsknotenpunkt ausgesucht und sich dort zur richtigen Uhrzeit (17 Uhr) auf die Straßenbahngleise gesetzt haben, blockierten sie innerhalb kürzester Zeit den gesamten innerstädtischen Berufsverkehr. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Harte Polizeieinsätze unter der Parole „Draufhauen, draufhauen, nachsetzen“. Das führte jedoch zu unerwartet breiten Solidarisierungen in der ganzen Stadt, und innerhalb weniger Tage kam es zu großen Demonstrationen, die das „Abräumen“ der Blockierer zunehmend erschwerten. Als sich dann auch noch die Betriebsräte der wichtigsten Großbetriebe – AG Weser und Klöcknerhütte – mit den Blockierern solidarisierten und den Aufmarsch ihrer Belegschaften zum Schutz der Jugendlichen ankündigten, gerieten der Senat und die Polizeiführung in die Defensive. Die Fahrpreiserhöhungen wurden nach einer Woche zurückgenommen, und auch die juristischen ‘Nachspiele’ hielten sich wegen der nachhaltigen Diskreditierung des Polizeiapparats in engen Grenzen.

Kurz nach Beginn der Bremer „Straßenbahnunruhen“ fuhren wir mit einer kleinen Gruppe von Hamburger und Hannoveraner SDS-Mitgliedern nach Bremen, um die Demonstranten zu unterstützen. Inwieweit wir an der Durchsetzung der für den Erfolg entscheidenden Parole „Hinsetzen, Hinsetzen“ (zur Blockade der Fahrstrecken der Straßenbahnen und Busse) beteiligt waren, ließ sich nicht mehr rekonstruieren. Unsere Präsenz wurde jedenfalls von einigen um ‚Vermittlung‘ bemühten lokalen Akteuren kritisch vermerkt, während die linken Exponenten der Betriebsräte – insbesondere die Sprecher der ‘Gruppe Arbeiterpolitik’ – die Unterstützung aus Hamburg und Hannover begrüßten.

Zu ähnlichen Blockadeaktionen aus Anlass von Fahrpreiserhöhungen kam es in den folgenden Wochen und Monaten auch in anderen norddeutschen Städten, so in Kiel, Buxtehude, Flensburg und Oldenburg. Auch an ihnen nahm die SDS-Koordinationsgruppe in unterschiedlich personeller Zusammensetzung teil. Jedoch gelang ihr dabei die beabsichtigte regionale Koordination der Proteste nicht, und auch die lokalen Erfolge blieben mager. Der Wettlauf zwischen einer breiteren Solidarisierung und polizeilichen Gegenaktionen wurde überwiegend von der Polizei gewonnen, sodass die Fahrpreiserhöhungen nur teilweise zurückgenommen wurden. Das führte zur Einsicht, dass den auf die Transportunterbrechungen nicht

eingestellten Berufstätigen zu hohe Nachteile zugemutet wurden, sodass sie mehrheitlich ihre Solidarität verweigerten.

Knapp eineinhalb Jahre später wurde in Hannover eine kreative Antwort auf dieses Dilemma gefunden: die „Rote Punkt-Aktion“. Anfang Juni 1969 erhöhten die privaten städtischen Verkehrsbetriebe die Preise für die Sammelfahrkarten um durchschnittlich ein Drittel. Eine Woche später organisierten der AStA der Technischen Universität sowie der regionale SDS-Arbeitskreis und andere Gruppen der APO eine erste Demonstration, zu der etwa 300 Personen kamen. Die Zahl der Teilnehmer*innen stieg in den folgenden Tagen auf über 5.000, unter deren Schutz die innerstädtischen Straßenbahngleise blockiert wurden. Dabei verteilten die Aktivist*innen Flugblätter mit roten Punkten und forderten die Fahrzeugbesitzer auf, sie auf die Windschutzscheiben zu kleben, an den Haltestellen der Straßenbahnen und Busse vorzufahren und die dort wartenden Passant*innen mitzunehmen. Diese alternative Selbsthilfeaktion führte zu einer breiten Solidarisierung der Stadtbevölkerung, sodass die Aktionen und Blockaden auch durch den Einsatz mehrerer Polizeihundertschaften nicht unterdrückt werden konnten. Der Betrieb des städtischen Verkehrsunternehmens wurde eine Woche lang lahmgelegt. Die Preiserhöhungen wurden am 18. Juni zurückgenommen, kurz darauf beschloss der Stadtrat auch die Kommunalisierung der Verkehrsbetriebe.

Die Hannoveraner Rote Punkt-Kampagne war der größte Erfolg der außerparlamentarischen Bewegung in Norddeutschland. Sie wurde von anderen regionalen SDS-Gruppen übernommen und später auch bundesweit umgesetzt, so etwa 1971 in Dortmund. Die „Rote Punkt-Aktionen“ wurden so zu erfolgreichen Aktionen der Sozialbewegungen der 1970er Jahre. Es gelang jedoch nirgends, sie perspektivisch in einer breiteren kommunalen Selbstorganisation zu verankern.

IV. Die Streiks der Ingenieurschüler 1968/69

Zum Schluss möchte ich einen weiteren Aktionsschwerpunkt thematisieren, der heute weitgehend vergessen ist: die Streikbewegungen der Ingenieurschüler

1968/69. Dieser Abschnitt basiert weitgehend auf einem Bericht, der bereits 1970 veröffentlicht wurde.³Dabei gab damals gerade das Aufbegehren der Ingenieurschüler, die zu dem unterprivilegierten Teil des Bildungswesens gehörten, Anlass zu Hoffnungen auf einen weitergehenden Systembruch. Denn als Ingenieure arbeiteten sie später häufig in wirtschaftspolitisch wichtigen Unternehmen.

Die Ingenieur- und Höheren Fachschüler galten traditionell als besonders angepasst und unpolitisch. Sie unterwarfen sich einer leistungsorientierten und straff gelenkten Ausbildung, weil sie bereit waren, für den versprochenen sozialen Aufstieg einen hohen Preis zu zahlen. Die Schulverwaltungsgesetze verboten ihren Vertretungen, wie auch im übrigen Schulwesen, jegliche Eigenständigkeit. Zudem war ihre Nähe zur Industrielobby sprichwörtlich. Demgegenüber fristete der eher kritisch eingestellte Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen (SVI) ein Schattendasein.

In dieser aussichtslos wirkenden Situation bildete sich 1965 im Rahmen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) eine überregionale Arbeitsgruppe aus linken Studierenden, Dozenten und Pastoren, um über Alternativen zu beraten. Dafür erarbeitete sie ein umfangreiches Reformkonzept, das verbesserte Zugangsbedingungen, den Abbau des Leistungsdrucks, die Durchsetzung der studentischen Selbstverwaltung und die Integration der Ingenieur- und Höheren Fachschulen in den Hochschulbereich vorsah. Es gelang ihr, die Mehrheit des SVI und einige Studentenvertretungen für ihre Agenda zu gewinnen, sodass die zuständigen Behörden unter Druck gerieten. Aber die in verschiedenen Kommissionen ausgehandelten Zugeständnisse wurden nicht umgesetzt, sondern sogar mit verschärften Restriktionen beantwortet.

Jetzt geriet die 1966/67 noch als selbstverständlich vorausgesetzte Loyalität der Ingenieurstudenten ins Wanken. Die ESG und die involvierten Studentenverbände einigten sich im Januar 1968 auf Boykottmaßnahmen. Dabei war Hamburg eine ihrer

³ Vor allem Eckhard Kanzow hat in unserem gemeinsamen Buch „Karl Heinz Roth /Eckart Kanzow: Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft. Voltaire Handbuch 10/11, Berlin 1970 Frankfurt am Main“ die beiden Streikphasen der Ingenieurstudenten ausführlich beschrieben. Ebenda, S. 233-245. Eckhard Kanzow hatte zu dieser Zeit sein Ingenieurstudium gerade abgeschlossen und war der Koordinator der Arbeitsgruppe SVI und ESG.

Hochburgen. Hier fand die erste große Demonstration statt, und zu Beginn des neuen Semesters (März 1968) wurde ein Semesterstreik beschlossen, dem sich fast alle norddeutschen und einige Tage später etwa drei Viertel der westdeutschen und Westberliner Ingenieurschulen anschlossen. Es kam zu Warnstreiks, Vorlesungs- und Prüfungsverweigerungen, zur Besetzung einzelner Kulturbehörden, zu unbegrenzten Streikaktionen und schließlich zum Semesterabbruch.

Die Ergebnisse blieben jedoch mager. Es gab nur geringe Zugeständnisse in Richtung Selbstverwaltung, zu einer verbesserten schulischen Vorbildung und zu einer formalen Annäherung an den Hochschulbereich. Daraufhin bröckelte die Streikfront, und im Herbst 1968 nahmen die Behörden (Kultusministerkonferenz der Länder) die meisten Konzessionen wieder zurück.

Durch diese Niederlage waren die in den Auseinandersetzungen zuvor gemachten Lernprozesse jedoch nicht vergessen. Im April 1969 beschloss der Delegiertenrat des SVI erneut den Semesterabbruch, der diesmal mit einem aktiven Streik und autonomer Basisarbeit verbunden wurde. Zur Begründung dieses Vorgehens hieß es im Beschlusspapier, das auf Profitmaximierung getrimmte System der Kapitalakkumulation werde mittels hierarchischer Betriebsstrukturen und vorbestimmter Qualifikationsstufen abgesichert. Das habe den Zugriff auf immer größere Bereiche des Ausbildungssektors zur Folge, sodass dort nur noch die Produktion von „Fachidioten“ toleriert werde. Das Bildungswesen werde so schrittweise der maximalen Rationalität der Ausbeutung unterworfen und auf die Zulieferung eines „eng spezialisierten Menschenmaterials“ festgelegt. Zur Aufspaltung dieses fatalen Systems reichten „reformerische Verbesserungen“ nicht mehr aus. Deshalb werde man sich jetzt dem „vorgegebenen Ausbildungsgang“ durch den Semesterabbruch entziehen.

Der Aufruf wurde bundesweit weitgehend befolgt, die meisten Ingenieurschulen waren ein Semester lang stillgelegt. Die Repressalien ließen nicht lange auf sich warten – weder in Norddeutschland noch im übrigen Bundesgebiet. In Westberlin wurden die Streikposten und Demonstrationen in der dort üblich gewordenen Polizeistaatsmanier niedergeknüppelt. Den Stipendiaten wurden die Mittel gestrichen und Immatrikulationsverbote angekündigt. Gegen streikende Ingenieurstudenten verhängten die Arbeitgeberverbände ein Beschäftigungsverbot, und die Bundeswehr

zog die Erstsemester zum Wehrdienst ein. Diesen Repressalien wussten die Streikenden nichts mehr entgegenzusetzen. Die Streikfront bröckelte und im nächsten Semester nahmen die Ingenieurschulen den Lehrbetrieb wieder auf.

Eine der wesentlichen Ursachen des Scheiterns der Ingenieurstudentenbewegung war ihre Isolation von der übrigen Protestbewegung. Sie wurde von der Mehrheit der revoltierenden Universitätsstudierenden als „berufsständisch“ abgelehnt, obwohl ihre Basiskomitees an den Vietnamprotesten und der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung teilnahmen, und obwohl ihre Protestformen eine existenzielle – und zudem klar begründete – Systemverweigerung zum Ausdruck brachten. Umgekehrt war den Ingenieurstudenten die phrasenhafte, oft ziellose und auf den Vorrang der individuellen Selbstverwirklichung pochende Rhetorik der Campus-Revolution fremd, zumal diese dann auch noch im Verlauf der Jahre 1969/70 sich verstärkt Organisationsformen der traditionellen Arbeiterbewegung zuwandten.

Es gab jedoch eine Ausnahme von dieser wechselseitigen Abschottung – und zwar in Hamburg und im weiteren Sinn auch in Norddeutschland. Unter dem Eindruck des im Frühjahr 1968 von Hamburg ausgehenden Streiks der Ingenieurstudenten nahmen einige wenige SDS-Mitglieder Kontakt mit dem ESG-SVI-Arbeitskreis auf, der die Protestbewegung in diesem Bereich des Bildungswesens koordinierte. Nach monatelangen Diskussionen und Untersuchungen kamen wir zu dem Ergebnis, dass die im Bereich der Ingenieurausbildung beobachteten Entwicklungen als Matrix zur gesamten Einverleibung von Bildung und Wissenschaft unter die Kapitaldynamik zu verstehen waren. Wir haben sie in Anlehnung an Marx als „dritte Etappe der realen Subsumtion“ bezeichnet, und aus ihr haben wir eine gemeinsame Widerstandsperspektive abgeleitet, die sich an der in Gang gekommenen Neuzusammensetzung der arbeitenden Klassen, der Technikerschicht und der wissenschaftlichen Intelligenz orientieren sollte. Diese Analyse wurde im März 1969 in einem Thesenpapier „Unwissen als Ohnmacht“ zusammengefasst, das zusammen mit anderen Papieren aus dem SVI-ESG-Kreis den argumentativen Hintergrund des April-Aufrufs zum Semesterboykott bildete. Dieses Papier wurde im ZAS (Zentralblatt

für den Ausbildungssektor) / Unilife in drei Folgen abgedruckt.⁴ Allerdings entwickelten sich im SDS keine konstruktiven Debatten zu diesen Thesen.

Auf die weitere Entwicklung im SDS hatten diese bemerkenswerten Initiativen der Ingenieurstudenten keinerlei Einfluss. Die Fragmentierung der außerparlamentarischen Protestbewegung ließ sich nicht mehr aufhalten. Im SDS – bundesweit und in Hamburg – blieben insgesamt diese Versuche zur strategischen Neuorientierung eher randständig und unverstanden. Und da die Solidarisierung mit den revoltierenden Ingenieurstudenten abgesehen von einigen Ansätzen in Hamburg ausblieb, erlitten sie im Verlauf des Jahrs 1969 eine strategische Niederlage, die einen nochmaligen Anlauf illusorisch machte.

Bremen, im Juli 2020

⁴ ZAS / Unilife, Nr. 8, 22.6.; Nr. 9, 10.7.69 und Nr. 10, 22.10.1969. Es befindet sich auch als Dokument auf dieser Website und im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv); vgl. dazu auch das Typoskript von Karl Heinz Roth, Unwissen als Ohnmacht. Thesen zu einer Analyse der Wissenschafts- und Bildungspolitik des bundesrepublikanischen Machtkartells und zu den Perspektiven der sozialistischen Opposition, 1969, zu finden im Dokumentenordner auf dieser Website. Siehe auch *APO-Press Nr. 10*, 1.6.69. https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/ApoPress/Hamburg_APO-PRESS_1969_10.shtml